

**Fraktion im Kreistag des
Rheinisch-Bergischen Kreis**

Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach
Telefon 02202 / 132011
Fraktion-rbk@dielinke-rbk.de
www.dielinke-rbk.de

VR Bank e.G. Bergisch Gladbach
DE37370626003213624015
GENODED1PA

Haushaltsrede der Kreistagsfraktion
DIE LINKE.
im Rheinisch-Bergischen Kreis

anlässlich der Haushaltsverabschiedung in der Kreistagssitzung am 12.12.2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
der **Haushalt 2020!**

Wie jedes Jahr ein enormes Zahlenwerk!

372 Seiten, insgesamt ein Volumen von 362 Millionen €. Von den Beträgen werden viele wichtige Dinge finanziert. So werden alleine für den Bereich soziale Leistungen insgesamt 142 Millionen € angesetzt.

Und trotzdem gibt es Bereiche, die für uns, als Linke, nicht ausreichend berücksichtigt werden: sozialer Wohnraum.

Die Kommunen haben das Thema über lange Zeit brach liegen lassen.

Die Linksfraktion ist der Ansicht, dass der Kreis die Investitionen, die die Kommunen nicht leisten (können), selber in die Hand nehmen muss. Bisher gab es in den Kommunen zum sozialen Wohnungsbau nur Lippenbekenntnisse. Ganz im Gegenteil, oftmals werden regelmäßig Grundstücke, die mit einer Erbpacht belegt sind, freigiebig verkauft, anstelle sie für die Kommunen zu bewahren.

Die Politik ist gefordert, Geld in bezahlbaren Wohnraum zu investieren. Der jahrzehntelang vernachlässigte öffentliche Wohnungsbau muss wiederbelebt werden. Wohnen ist Menschenrecht. Insbesondere ist es notwendig, dass bei Großprojekten durch Investoren ein prozentualer Anteil von mindestens 30 % der Neubauten preiswerte Mietwohnungen sind. Dies kann die Politik leisten. Das Kölner kooperative Baulandmodell ist hierfür nur ein Beispiel.

Bis 2031, also in rund 11 Jahren, fehlen bis zu 8.600 Wohnungen im Rheinisch Bergischen Kreis in der Spitze. Das ist eine enorme Zahl an Wohnungen.

Der Markt selbst reguliert den Mangel an Wohnraum nicht. Wohnen ist Luxusgut geworden, viele Mitbürger und Familien können sich eine Wohnung nicht mehr leisten oder aber müssen 40 % und mehr ihres verfügbaren Nettoeinkommens für das Wohnen ausgeben.

Da sollte der Kreis etwas tun.

Daher haben wir als Linke den Antrag gestellt, rund 1 % des Haushalts in den sozialen Wohnungsbau zu investieren.

Und selbst 3,5 Millionen, diese rund 1 % des Haushalts sind da nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Aber als Alternative gar nichts zu machen, das wäre das falsche Signal. Das ist nicht die Zukunft gestalten.

Der von uns eingebrachte Antrag zur Förderung des Wohnraums ist auch für uns von zentraler Bedeutung für die Zustimmung zum Gesamthaushalt. Die Linke ist der Meinung, dass es nötig ist, ein deutliches erstes Zeichen zu setzen.

Als weiteres sehen wir den ÖPNV als wichtiges Aufgabenfeld an. Die Kreisstraßen sind und bleiben völlig überbelastet.

Der Kreis bemüht sich in diesem Zusammenhang ja bereits. So wird versucht, die Taktung zu verbessern und auch die Ökobilanz soll verbessert werden mit der Einführung von Wasserstoffbussen. Solche Anstrengungen sind dringend nötig, da der Individualverkehr uns an die Grenzen des Wachstums und der Finanzierbarkeit führt. So müsste der Kreis horrend Summen investieren und Flächen verbrauchen, um den Individualverkehr so auszubauen, dass dieser reibungslos funktioniert. Aber: Die Verlängerung der Linie 1, mittlerweile zu den Akten gelegt, hat bereits in der ersten Kostenschätzung rund 100 Millionen € gekostet. Also müssen Alternativen überlegt werden.

Woran wir aber etwas ändern können, das ist die grundsätzliche Akzeptanz des ÖPNV. Wir müssen mehr Menschen bewegen, ihren PKW stehen zu lassen und auf den ÖPNV umzusteigen. Da kommt – neben einem gut ausgebauten Netz – der finanzielle Anreiz ins Spiel. Für die Linke Kreistagsfraktion ist dies die völlige Kostenfreiheit des ÖPNV. Nur dieser wird ein geändertes Verhalten der Menschen bewirken. Ein Antrag zur Evaluierung der Kosten ist in Vorbereitung.

Die nicht haushaltsrelevanten Anträge der CDU, Grünen und SPD, die alle den ÖPNV zum Inhalt haben, lehnen wir als nicht zukunftsfähig ab. Wir werden allen drei Anträgen zu diesem Thema nicht zustimmen, da sie auf halber Strecke stehenbleiben. ÖPNV, so er effektiv angenommen werden soll, muss

kostenfrei sein.

Ich möchte noch kurz zu weiteren Anträgen Stellung nehmen:

Den Antrag der SPD zu den kostenfreien Mahlzeiten an den Förderschulen unterstützen wir gerne. Die Linke fordert schon lange, dass Gemeinschaftsverpflegung beitragsfrei sein muss. Können Eltern die Beiträge nicht bezahlen, werden die Kinder und Jugendlichen teilweise von der Verpflegung ausgeschlossen. In Deutschland erfahren Kinder über die Gemeinschaftsverpflegung Ausgrenzung und Diskriminierung. Solche Zustände sind aus unserer Sicht und der Fürsorge und der Ernährungsgesundheit nicht hinnehmbar.

Die Anträge zum Abbiegeassistent, die weitere Barrierefreiheit, der Insektenschutz: dies sind alles wichtige Vorhaben und allen Anträgen werden wir zustimmen.

Zu guter Letzt danke ich der Verwaltung für die Arbeit im letzten Jahr, bedanke mich bei allen für die gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und einen besinnlichen Jahresausklang.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!